



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 296. Insertionsgebühr für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redakteur: H. Zahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 15

Charlottenburg, den 10. April 1908

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

Ostern.

Weit in die Lande hinaus läuten wieder einmal die Osterglocken, um der aufstehenden Menschheit das Wunder der Auferstehung zu verkündigen. . .

Man kann ein vollendeter Heide sein und deshalb doch, wenn auch in anderer Weise als der Gläubige, von großen Auferstehungsgedanken ergriffen werden. Denn nicht nur der kirchlich-religiöse Sinn verbindet mit dem Osterfest den Begriff des Wiedererwachens. Man braucht ja nur einen Blick in die eben aufblühende, vom langem Winterschlaf erstandene Natur zu werfen, um der Wahrheit inne zu werden, daß es eigentlich keinen Tod im strengsten Sinne giebt. Nirgend. Weder da draußen noch bei der Menschheit. Alles ist Wandlung und der Tod schließlich nur eine andere Form des Lebens: der abgelaufene Mechanismus fällt auseinander, seine Bestandteile fügen sich wieder der Allmutter Erde ein, um von dieser endlich als Material zum Bau von neuen Gestaltungen verwendet zu werden.

Es giebt nichts auf unserem Planeten, das diesem sich ewig wiederholenden Kreislaufe der Natur entrückt wäre. Auch die scheinbar unveränderlichen Felsen sind dem großen Gesetze der Umwandlung unterworfen. Auch an ihnen nagt der Zahn der Zeit, allmählich zwar, kaum sichtbar für eine Menschengeneration, aber nichts desto weniger mit derselben tödlichen Sicherheit und Beständigkeit wie bei Mensch, Thier und Pflanze. Nichts ist dauernd als nur der Wechsel. Die geheimnisvolle Kraft der Natur löst fortwährend Stoffe auf und bindet sie fortwährend zu neuen Formen — Untergang und Auferstehung, daraus schießt die bunten Kränze der Ercheinungen dieses Seins. —

Wäre die Menschheit in ihrer Gesamtheit oder doch in ihrer Mehrzahl großen, einfachen Lehren der Natur zugänglich, vermöchte sie ihre Kleinlichen Interessen einem

hohen, ewigen Prinzip unterzuordnen, sie könnte manches aus solchen Erkenntnissen auch für das praktische Leben lernen. Da aber die großen Wahrheiten — vermuthlich, weil sie so einfach und selbstverständlich sind — sich keiner besonderen Sympathie bei den Menschen erfreuen, so müssen jene Wahrheiten sich immer wieder mühsam ihre Geltung erkämpfen. Und sie beweisen es fort und fort, daß der Mensch nicht über, sondern in der Natur steht. Diese bringt ihr großes Gesetz der Umwandlung unweigerlich und stets auch beim Menschengeschlecht zur Anwendung. Aus den Widerständen, die hier geleistet werden, resultieren dann die mannigfaltigsten Kämpfe der Menschen untereinander. Der ruhige Daseinsgemüß, die Uebung aller Kräfte im friedlichen Wettstreit — sie bleiben unter solchen Umständen ein frommer Wunsch. So lange die Menschheit es als ihre unvermeidliche Aufgabe betrachtet, sich gegenseitig einzeln oder nationsweise zu zerfleischen, so lange wird ihr jene Auferstehung fernbleiben, die dem menschlichen Leben in enger Anlehnung an das natürliche Gesetz vom Werden und Vergehen eine wahrhaft weise Richtschnur giebt.

Die Herrschenden aller Zeiten haben es an dieser Weisheit stets fehlen lassen. Die einzelnen Personen sowohl wie die regierenden Klassen. Wer am Ruder ist, will seine Macht über das empörte Spiel der Wellen behalten. Man sieht die tiefen Strömungen nicht, welche naturnothwendig auch die obere Fläche bewegen. Man stemmt sich gegen die Strömung, um schließlich doch von ihr hinweggerissen zu werden. Das Handwerkerthum war Jahrhunderte lang die stärkste ökonomische Klasse. Dementsprechend war ihr politischer Einfluß. Das vergangene Jahrhundert nahm ihr endgültig das Ruder aus der Hand. Der Kapitalismus trat an ihre Stelle. Trotzdem es nun für den Unbefangenen außer allem Zweifel steht, daß die handwerkliche Betriebsform der sogenannten guten alten Zeiten

dem Untergange verfallen und ihre Wiederaufrichtung mit keinen Mitteln zu erreichen ist, trotzdem mühen sich die Vertreter des Handwerks im Schweiße ihres Angesichts ab, den weiteren Zerfall aufzuhalten, der Mumie neues Leben einzuflöhen. Unzugänglich für die modernen wirtschaftlichen Erkenntnisse, erfüllt von einem Willen, dem zur Verwirklichung jeder reale Boden fehlt, versuchen sie das Unmögliche. Die Folge ist außer der nutzlosen Kraftverschwendung eine Irreführung der Betheiligten, ein ungleicher, verhängnisvoller Kampf mit dem Kapital, der Opfer über Opfer fordert. Opfer, welche bei einer sachlichen Anpassung an die thatsächlichen Verhältnisse zum Theil vermieden würden.

In dieser gänzlich zwecklosen Bewegung haben wir wohl das klassischste Beispiel für den oben aufgestellten Satz, daß die Menschheit, dem großen Gesetze der Umwandlung entgegen, sich wider Erkenntnisse sträubt, welche die Natur auf einfachste Weise giebt. Auch die Organisationen der menschlichen Gemeinschaft, von den Familienverbänden der Urvölker bis herauf zu den modernen Staaten, liefern denselben bunten Kranz des Werdens und Vergehens wie alles Andere in der Natur. Was überlebt ist, muß — es mag wollen oder nicht — dem Neuen, Zweckmäßigen weichen.

Wie das Handwerk dem leistungsfähigeren Kapitalismus Platz machen mußte, weil es den Bedürfnissen der Zeit nicht mehr gerecht werden konnte, so wird auch der Kapitalismus daran zu Grunde gehen, daß er unfähig ist, die Menschheit zu befriedigen. Die wirtschaftlichen Krisen sind seine Fieberzuckungen — die Symptome dafür, daß seine kräftige Konstitution erschüttert ist. Ein junger Riese steht schon wartend am Thor, um den kranken Mann abzulösen. Und nun wiederholt sich dasselbe Bild wie schon so oft: Zwang und Gewalt, Ungerechtigkeiten ohne Zahl sollen das aufsteigende Neue unterdrücken. Man sträubt sich mit Händen und Füßen gegen

den natürlichen Verlauf der Dinge. Mit oft geradezu lächerlicher Eiferjucht wacht die herrschende Klasse darüber, daß ihre Beauftragten in der Regierung dem fordernden Proletariate nicht zu weit entgegen kommen. Es braucht nur einmal etwas da oben aufzutauchen, das so ähnlich aussieht wie ein Verständnis für die sozialen Erfordernisse unserer Zeit — und das Halloh ist fertig. Ein förmlicher Feldzug wird gegen die betreffenden Personen geführt.

Im Allgemeinen freilich sind diese kriegerischen Maßnahmen nach oben hin überflüssig. Die Inhaber der Regierungsstellen sind eben auch Kinder ihrer Klasse und dieser nach Erziehung und Anschauung zugehörig. Es fällt ihnen garnicht ein, die staatlichen Gesetze etwa unter Berücksichtigung der natürlichen Gesetze auszuarbeiten. In die Bureaustuben dringt kein Hauch erfrischender Frühlingsideen. Der ewig lebende Auferstehungsgebirge hat keinen Raum in jenen staubigen Hirnen, welche fast nur auf kleinliche, engherzige Maßnahmen sinnen, um das befruchtende, emporstrebende Volksleben mit neuen Ketten zu belasten.

Wer öfter in fiskalischen Wäldern spaziert, der kennt die Stangen mit den kleinen weißen Schildern: „Verbotener Weg!“ Der lächerliche Eindruck, den sie auf den freien Menschen machen, wird nur noch übertroffen von dem unangenehmen Bewußtsein, daß man hier in seinem Naturgenuß von gänzlich grund- und zwecklosen Vorschriften beschränkt wird. Die ganze Freude kann's einem verderben, wenn man hinter jedem Baum die warnende Schugmannsfaust sieht. Aber so ist's auf allen Gebieten! Verbotene Wege ohne Zahl! Es ist der unleidliche, beschränkte Polizeigeist, der die deutschen Lande zur Kinderstube und Kaserne macht! In den Fragen des praktischen Lebens sowohl wie in denen der Kunst und Wissenschaft. Tausende von Kräften werden so niedergehalten und in ihrer Entfaltung beschränkt. Kellereipflanzen

Feuilleton.

Die Weltausstellung in St. Louis 1904. Wie immer, wenn es sich um großartige Veranstaltungen handelt, so werden die Amerikaner auch mit Bezug auf diese Weltausstellung den Vogel abschließen wollen. Es ist auch garnicht daran zu zweifeln, daß dieselbe eine der großartigsten werden wird und wäre es nur zu wünschen, daß auch recht viele von uns Arbeitern die Mittel hätten um dieser Ausstellung einen Besuch abzustatten zu können. Doch davon steht ja leider „nichts drin“ und deswegen möchten wir wenigstens ab und zu unter dem Strich jetzt schon etwas von dieser Ausstellung und seinen Vorbereitungen unseren lieben Lesern zugänglich machen.

Daß die Keramische Industrie Deutschlands seitens des Verbandes Keramischer Gewerke in Deutschland animiert wird, sich würdig an der Ausstellung zu betheiligen, haben wir bereits mitgeteilt und vielleicht machen uns jene Berufsgenossen, die in Fabriken beschäftigt sind, welche ausstellen, auch gelegentlich Mitteilung davon. Aus den „Mitteilungen betreffend die Weltausstellung in St. Louis 1904“ geht hervor, daß Deutschland im Allgemeinen gut vertreten sein wird; im Reichstage haben die Regierungsvertreter auch entsprechende Erklärungen abgegeben.

St. Louis selbst ist eine Stadt im Staate Missouri und zählt 650.000 Seelen. Wie die meisten amerikanischen Städte ist auch

treibt das Geistesleben, wo herrliche Blumen und Bäume sich entwickeln müßten. Brüchig wird das Leben. Verhunzt, schmalbrüstig, dürrig. —

Mit unserer Osterfreude in der Gegenwart ist es also nicht weit her. Liebe uns nicht die Hoffnung, es wäre zum Verzweifeln. Aber ein Blick in das revolutionäre Blütenreich der Natur zeigt uns, daß das Leben noch lebt — das frische, freudige Leben, welches durch keine Gewaltmaßregeln ertötet werden kann. Der proletarischen Bewegung, welche auch das Wort Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat, wird es vorbehalten bleiben, das große Naturgesetz ungehinderter Entwicklung in das praktische Leben zu übersetzen. Wir streiten für unseren Platz an der Sonne. Und so gewiß wie der Frühling dem Winter folgt, so gewiß wird die einseitige Interessenwirtschaft des Kapitalismus abgelöst werden von dem allen Menschen gerecht werdenden Volkreich der Zukunft.

Dann werden wir unsere Auferstehung feiern!

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Sperren.

Die **Vollsperrre** besteht über Breslau (Steingutfabrik Giesel), Tillowitz und Firma Reinecke-Eisenberg.

Halbsperrren: Alexandrinenthal, Mithalbensleben (außer W. Gerick E. Schulz, Bauernmeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. Oder (Baetsch), Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Kamenz i. S. (Wogt), Königszell, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Jlmeneau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz,

St. Louis rapide gewachsen, seit den letzten 30 Jahren ist dieses um 130 Prozent der Bevölkerung der Fall.

Allgemein wird angenommen, daß dort eine große Hitze herrscht, wenn der oder jeter Porzellaner aber etwa die Absicht hat, die dortige Ausstellung zu besuchen, so braucht er deswegen gerade keine allzu große Angst zu haben. Im Juni steigt die Wärme im Durchschnitt bis 19, im Juli 20,5, im August 23,4 und im September geht sie schon wieder auf 19 Grad Reaumur zurück. Das läßt sich schon aushalten.

Gewöhnlich werden derartige Ausstellungen nicht bis zum Eröffnungstermin fertig, das soll in St. Louis anders sein, es wird an der Fertigstellung nicht gezweifelt, einige größere Gebäude werden bereits abgerüstet. Daß neben dem eigentlichen Zwecke solcher Ausstellung, die Fortschritte in der Technik, Kunst u. zu zeigen, auch Vieles ausgestellt wird, was dem Besucher als besondere Augenweide, als Amusement dienen soll, ist ja selbstverständlich und so wird diese Ausstellung vieles derartige bieten.

So sollen internationale olympische Spiele abgehalten werden. Nachgebildet soll werden die Stadt Jerusalem und dazu soll das ganze Leben und Treiben dieser „heiligen Stadt“ mit 500 Eingeborenen inszeniert werden. Vorzugsweise sind es deutsche Architekten, die das amerikanische Jerusalem aufbauen. So hält sich beispielsweise der Architekt Palmer aus Leipzig schon längere Zeit in Jerusalem auf, um Skizzen dort zu machen und Maße zu nehmen.

Mudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Necken-dorf.

Sperren, die vorstehend nicht genannt sind, sind aufgehoben. Bezüglich der Halbsperrren gelten von nun an neue Bestimmungen, die wir nachstehend darlegen und begründen werden.

Der Zweck der Halbsperrre ist ein dreifacher. Sie soll erstens verhindern, daß die Mitglieder mit Hilfe des Verbandes in Arbeitsverhältnisse gerathen, die mehrfach als durchaus unhaltbar erwiesen sind, sie soll durch Vorenthaltung der Fahrgelder den Mitgliedern es geradezu erschweren, in solchen Betrieben Arbeit zu nehmen, also als Schutz der Mitglieder sich erweisen. Zweitens soll sie dem Schutz der Kasse dienen, insofern, als sie die Mitglieder die Verantwortung bezw. die Folgen selbst tragen läßt, ihnen keinerlei Unterstützung zahlt, wenn sie ein Arbeitsverhältnis eingehen, von dem man nach andern Erfahrungen all-gemein annehmen mußte, daß es ein durchaus unsicheres, in keiner Weise befriedigendes sein würde. Drittens soll sie durch Vorenthaltung von Arbeitskräften die Unternehmer zur Anerkennung unserer Organisation oder der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihrem Betriebe geneigter machen.

Der Verbandsvorstand hat in letzter Zeit die Wirkung der Sperre nach diesen drei Richtungen wiederholt erörtert und ist zu der Ansicht gelangt, daß andere Bestimmungen am Platze seien. Zu 1 sollte man es mehr den Mitgliedern überlassen, ob sie unter ungünstig bekannten Verhältnissen Arbeit nehmen wollen. In Bezug auf den persönlichen Schutz, soweit er vorbeugend sein soll, sei genügend geschehen, wenn durch die Veröffentlichung der Halbsperrre gewarnt und Vorsicht gemahnt worden sei. Wo die Verhältnisse allzuschlimm seien, könne event. die Vollsperrre angewandt werden. Zu 2 sich der finanzielle Vortheil, soweit er in Co-

Der Staat Colorado will auf der Ausstellung ein goldenes Haus bauen. Der Schatzamt in Washington ist bereit, die Ausführung des Planes durch Leihen von Goldbarren im Werthe von 40 Millionen Mark und im Gewichte von 18.000 Kilogramm zu unterstützen. Das Haus soll aus Goldbarren verschiedener Dimensionen, von der Größe eines Dominosteines bis zu der eines reellen Mauerziegels, eine Nachbildung irgend eines berühmten nordamerikanischen Gebäudes, wahrscheinlich des Kapitols in Washington, hergestellt werden. Wenn man wüßte, daß sich solch ein paar eigenartige Mauerziegel dort ausbrechen und ins Reisetasche stecken ließen, würde sich die Reise über das große Wasser und zurück wohl interessiren.

Allerlei Kuriositäten werden auf der Weltausstellung von St. Louis 1904 zu sehen sein. Ein Unternehmer beabsichtigt das Lager der Juden in der Wüste vorzuführen. Die Stifthsütte sammt der Bundeslade soll genau nach biblischen Verichten in Gold, Silber und Edelsteinen nachgeahmt werden. — Die afrikanische Debeers-Company stellt den größten Diamanten der Welt aus. Er wiegt 121 Karat, das heißt noch 15 Karat mehr als der berühmte Kohinoor. Sein Werth beträgt ungefähr fünf Millionen Mark. — Das größte Maultier der Welt will Michael Murray aus Hereford, Missouri, ausstellen. Das Tier ist 6 Fuß Schulterhöhe und wiegt 1705 Pfund. Die älteste Flasche hat Edward Farmer aus Grunderville in Texas angemeldet. Die Flasche ist 127 Jahre alt, stammt aus dem Jahre 1776, ist von Adams und Jefferson

Spärung von Arbeitslosenunterstützung bestehen soll, nicht absolut fest, jedenfalls dürfte sie nicht die volle Höhe der Arbeitslosenunterstützung erreichen, die nach solchen Orten ev. gezahlt werden müßte. Zu 3 zeigt die langsam aber ständig wachsende Zahl der gesperrten Betriebe, daß wir mit unserer bisherigen Taktik dem Vorgehen der Unternehmer wohl doch nicht entsprechend begegnen.

Der Vorstand beschloß deshalb, zunächst versuchsweise die folgenden neuen Bestimmungen betr. die Halbsperrung zu treffen:

1. Nach halbgesperrten Orten werden Fahrgeelder gezahlt, wenn sonst nach dem Statut Anspruchsberechtigung vorliegt. Mitglieder, die in halbgesperrten Betrieben Arbeit nehmen, behalten in Bezug auf Unterstützung und Fahrgeelder ihre statutarischen Rechte, wenn nicht ein Fall nach Ziffer 2 vorliegt.

2. Bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit wird weder Unterstützung noch Fahrgeeld gewährt, bei Entlassung wegen Verbandstätigkeit nur dann, wenn diese Tätigkeit infolge besonderen direkten Auftrages des Vorstandes ausgeübt wurde.

3. Ueberall, wo die Unternehmer oder ihnen gefügige Werkzeuge unsere Mitglieder systematisch nötigen, von Unternehmern geschaffenen oder protegierten Vereinen, Unterstützungs- oder Zuschußklassen beizutreten, oder wenn sie die nachgesuchte Einstellung in ihren Betrieb davon abhängig machen, ist den Mitgliedern der Beitritt zu solchen Vereinen bzw. Klassen gestattet. Mitglieder, welche es unterlassen von diesem Beitritt dem Vorstand sofort Mitteilung zu machen, würden allerdings ihre Anrechte im Verbandsverband verlieren.

Soweit unsere Mitglieder in jenen Vereinen bzw. Klassen Anrechte auf Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung erwerben, tritt in unserem Verbandsverband Kürzung der Unterstützung so weit ein, das die beiderseitige Unterstützung den Betrag nicht übersteigt, in dessen Höhe das Mitglied in unserm Verbandsverband bzw. Beihilfefond versichert

ist. Entsprechend einer Kürzung in der Höhe der Unterstützung oder Beihilfe wird dafür die Dauer der Bezugsberechtigung verlängert.

Wenn das Mitglied aus solchem Arbeitsverhältnis ausscheidet, also jenem Zwange nicht mehr unterliegt, muß es auch aus diesen Zwangsklassen ausscheiden, sobald seine mit dem Entlassungsfalle etwa verknüpften Ansprüche an diese Klassen befriedigt sind.

4. **Alle** Mitglieder, welche in Betrieben arbeiten (gleichviel, ob gesperrt oder nicht) wo sie ihre Mitgliedschaft verheimlichen müssen, sind **verpflichtet**, sich der Zahlstelle Berlin II anzuschließen, auch dann, wenn sich am Ort ihrer Beschäftigung eine Zahlstelle befindet. (Adr. d. Kass.: Karl Munk, Berlin SO. Reichenbergerstr. 28, Hof II.)

Begründung.

Zu 1. Wenn auch unsere Mitglieder in der Regel nichts Besonderes einbüßen, wenn sie den halbgesperrten Betrieben fernbleiben, so können doch Umstände eintreten, die es ihnen wünschenswert erscheinen lassen, jede sich ihnen bietende Arbeitsgelegenheit zu ergreifen und, wenn auch nur vorübergehend, wahrzunehmen. Mitunter wird dann auch trotz Gewährung von Fahrgeeldern die Verbandskasse durch Abkürzung bzw. Ersparnisse an der Arbeitslosenunterstützung des Mitgliedes entlastet werden, sodaß die Belastung durch Unterstützung in Fällen wo Entlassungen aus den gesperrten Betrieben, wenn auch nicht ausgeglichen, so doch eingeschränkt wird. Andererseits hat aber auch die Organisation ein ebenso großes Interesse daran, in solche Betriebe einzudringen, wie die Unternehmer an der Fernhaltung derselben. Manche dieser Unternehmer erfreuen sich in der That einer idyllischen Ruhe. Unaufgeklärt, an die Scholle gebunden und unorganisiert, läßt sich hier der Stamm der im Betriebe beschäftigten Arbeiter in der Regel Alles bieten, ohne Kenntnis seiner gesetzlichen Rechte, ohne den Muth, Mißstände an die

zuständigen Instanzen und an die Öffentlichkeit zu bringen und ohne die Kraft, sich gegen Unterdrückung und Ungebühr aufzulehnen. Unsere allgemeinen Berufsinteressen leiden mit unter diesen Zuständen und wir haben also ein großes Interesse daran, in solches auf Unkenntnis und Widerstandslosigkeit der Arbeiter aufgebautes Idyll hinein-zuleuchten. Soll uns das gelingen und sollen unsere Mitglieder die Kulturmission der Organisation in solchen Betrieben erfüllen, dann dürfen wir den Mitgliedern nicht die Unterstützungsrechte wie bisher vorenthalten, weil sie sonst in die gleiche schlimme Abhängigkeit und Widerstandsunfähigkeit gerathen würden.

Zu 2. Wenn ein Unternehmer die Macht hat, für seine Arbeiter das Koalitionsrecht aufzuheben, thun unsere Mitglieder, die er in dieser Beziehung vergewaltigen will, nur Recht daran, wenn sie die Zugehörigkeit zum Verbandsverband leugnen. Ein solcher Unternehmer verlangt etwas, was ein aufgeklärter Arbeiter im Interesse seines Selbstschutzes nicht kann, er zwingt zur Unwahrheit! Wenn der Unternehmer, selbst bis an die Zähne bewaffnet, dem Arbeiter die Waffe der Coalition rauben will, dann darf dieser sie nicht preisgeben, sondern wird sie verleugnen, bis er davon Gebrauch machen muß. Aber es heißt auch konsequent bleiben. Wer irgendwo will „heimliches“ Mitglied des Verbandes sein, der muß die Sache dann aber auch wirklich geheim halten. Wer das nicht will oder kann, dem kann nicht geholfen werden. Die bisherige Bestimmung, daß bei Entlassung wegen Verbandszugehörigkeit an solchen Orten Unterstützung nicht gezahlt wird, muß also bestehen bleiben zum Schutz der Kasse, andernfalls die Gefahr einer Ausnützung durch die Mitglieder oder absichtlichen fortgesetzten Schädigung durch die Maximen des Unternehmens eine zu große wäre. Etwaige Verbandstätigkeit an solchen Orten muß so wohl vorbereitet sein und vor-

in Pennsylvanien hergestellt und zeigt auf der einen Seite das Bild Washingtons, auf der anderen den amerikanischen Adler. Die große Whiskeyflasche hat sich in der Familie des Ausstellers bis heute vererbt. — Dagegen sollen Jimrikshahs, die bekannten, von einem Kuli an Stelle eines Pferdes gezogenen zweirädrigen Wagen, für den Personentransport nicht auf der Ausstellung geduldet werden, weil es eine Barbarei ist, diese Kulis täglich 35 bis 40 englische Meilen in vollstem Laufe zurücklegen zu lassen. Die Kulis gehen fast ausnahmslos an Herzerweiterung, Lungenentzündung oder Schwindfucht zu Grunde, wie dies die in japanischen Hospitälern thätig gemessenen amerikanischen Aerzte bestätigen.

Den deutschen Sängern mag es interessieren, daß während der Ausstellung ihre Sangesbrüder jenseits des Ozeans ein großes deutsches Sängerfest (17.—20. Juni) veranstalten. Die Bundesdirigenten Stempf und Lange reisen bereits im Lande umher, um in den verschiedenen Gesangsvereinen Proben abzuhalten. Dirigent des Orchestertheiles des Sängerfestes wird der jugendliche Kapellmeister Alfred Ernst sein.

Das Bureau des deutschen Reichskommissars für die Weltausstellung in St. Louis 1904 befindet sich in Berlin W., Schöneberger Ufer 22 I.

Literarisches. Unter dieser Rubrik haben wir des Besteren das Abonnement auf „Die Hütte“ Zeitschrift für das Volk und

seine Jugend empfohlen. In Nr. 13 haben wir sogar im Feuilleton einen Artikel „Genosse —“ aus der Zeitschrift abgedruckt, um unsere Leser auf dieselbe aufmerksam zu machen. Zu unserem Leidwesen müssen wir nun im „Vorwärts“ unter „Parteinachrichten“ lesen, daß „Die Hütte“ zu erscheinen aufgehört hat, da die Mittel, die dem Herausgeber (Dr. Gustav Morgenstern in Dresden) zur Verfügung standen, aufgezehrt sind. Mehr wie bedauerlich ist es, daß dem Volke, der Arbeiterschaft, gerade eine solche gute belehrende und unterhaltende Zeitschrift verloren geht. Was auch alles von dem oder jenem Verlag speziell der Arbeiterschaft geboten wird in solchen literarischen Sachen, uns hat noch nie etwas so vollauf befriedigt, als wie „Die Hütte“. Man konnte sagen, endlich bietet man der Arbeiterschaft auch etwas Gutes; zumeist, und ganz besonders in Bezug auf die Illustrationen, dünkt uns, daß man von Herausgebern annimmt, für den Arbeiter ist alles gut genug. Das war bei der „Hütte“ nun nicht der Fall und deswegen erscheint der Wunsch berechtigt, daß vielleicht der nächste sozialdemokratische Parteitag Mittel und Wege findet, das Wiedererscheinen der Zeitschrift zu ermöglichen.

Das Testament des Herrn Jesu Christi. (Sizilianische Legende.) Als unser Herr Jesus Christus von dieser Welt scheiden mußte, war er sehr in Verlegenheit wenn er daran dachte, wem er die Güter der Erde hinterlassen sollte. Er dachte und dachte: „Wem hinterlasse ich sie? ... wenn ich sie den Bürgerlichen lasse, was fangen die

Abligen an? Lasse ich sie den Abligen, wie stünd' es um die Bürgerlichen? Und die Bauern? und die Handwerker?“ Kurzum er wußte nicht, wie er's anzustellen hatte.

Da fanden sich aber bereits die Abligen ein: „Ach Herr, wo Ihr aus der Welt scheiden müßt, warum gebt Ihr uns das nicht Alles zum Erbe?“

Da vertheilte der Herr alles unter die Abligen.

Nun merkten die Pfaffen, daß der Herr scheiden wollte, sie liefen hinzu und riefen: „Herr, Herr, wollt ihr uns bei Eurem Abscheiden denn gar nichts lassen?“

„Ihr seid zu spät gekommen,“ antwortete der Herr, „ich habe Alles unter die Abligen vertheilt.“

„D, zum Teufel,“ fluchten die Pfaffen. „Richtig! Euch hinterlasse ich den Teufel!“

Und da kamen die Mönche einer nach dem andern: „Wollt Ihr uns bei Eurem Heimgang gar nichts vermachen?“

„Nein, garnichts, denn die Abligen haben Alles gekriegt.“

„D, zum Teufel,“ riefen die Mönche. „Den Teufel haben schon die Pfaffen vorweggenommen.“

„Also Geduld,“ murmelten die Mönche. „Ja, die Geduld will ich Euch hinterlassen,“ sprach der Herr.

Nun war es auch den Kaufleuten zu Ohren gekommen, daß der Herr scheiden wollte, sie liefen herbei und schrien: „Herr, was laßt Ihr uns als Erbe?“

„Ihr seid zu spät gekommen, ich habe Alles den Abligen vermacht.“

sichtlich ausgeführt werden, daß sie nicht Jedermanns Sache sein, nicht dem Gutdünken der Mitglieder überlassen bleiben kann. Es gehört dazu das Einverständnis bezw. der Auftrag des Vorstandes, nur dann kann im ev. Falle der Entlassung wegen dieser Thätigkeit Unterstützung gezahlt werden.

Zu 3. In verschiedenen Betrieben begnügten sich die Unternehmer nicht mit der Erklärung des Austritts aus unsern Verbände, sondern finden diese Erklärung erst glaubhaft durch den Beitritt zu den Kassen der Organisirten. Mehrfach ist es schon der Fall, daß die Unternehmer unseren bei ihnen beschäftigten Mitgliedern in Bezug auf den Verband zwar nichts in den Weg legen, von Neueintretenden aber das Gelübde der Verbandslosigkeit und dann den Beitritt zu besonderen Kassen verlangen. Auch hier müssen die Mitglieder sich maskieren, bis schließlich später einmal die Unternehmer einsehen, daß ihr Spiel umsonst und die Hoffnung auf Züchtung einer allzeit getreuen, widerstandsunfähigen schwarzen Garde trügerisch ist.

Zu 4. Der Anschluß **aller** geheimen Mitglieder an Berlin ist unbedingt erforderlich. Die Gefahr einer Entdeckung wird damit vermindert, was um so erforderlicher ist, als gewissen Elementen die Spürnasen beträchtlich wachsen werden, wenn unsere veränderte Taktik erst publik wird. Außerdem gewinnt der Vorstand eher eine Uebersicht über solche Betriebe, kann eher sich mit dort beschäftigten Mitgliedern in Verbindung setzen und kann ferner, was die Hauptsache ist, die Wirkung der veränderten Taktik besser abschätzen.

Die Beschlüsse treten vorläufig nur versuchsweise in Kraft, sind also widerruflich, falls sie sich nicht bewähren sollten. Zu solchem Versuch glauben wir die Zustimmung aller Mitglieder voraussetzen zu können.

Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung!

Trotz der Aufforderung in Nr. 13 der „A.“ haben folgende Zahlstellen die nebenvermerkten **Monatsberichte** noch nicht eingesandt und werden hier-

„Der Teufel!“ sprachen die Kaufleute:
„Den kriegten die Pfaffen.“
„Also Geduld!“
„Die nahmen die Mönche.“
„Welcher Schwindel,“ murmelten die Kaufleute.
„Der sei Gue!“ bestimmte Jesus Christus.
„Ganz zuletzt erschienen die Bauern, arme abgerackerte Kerle, die sprachen ganz trübselig: „Herr, Ihr wollt die Erde ver-lassen, theilt sie vorher und gebt uns unser Theil.“
„Zu spät, die Adligen haben die ganze Erde bekommen.“
„Der Teufel,“ riefen erschrocken die Bauern.
„Den haben die Pfaffen.“
„Geduld!“ „Die haben die Mönche.“
„Was für ein Schwindel.“
„Den haben die Kaufleute.“
„Gottes Wille geschehe!“
„Wohl, Euch erwerbe ich den Willen Gottes.“

So ist es gekommen, daß auf dieser Welt die Hochgeborenen befehlen, die Pfaffen sich dem Teufel ergeben, die Mönche in Geduld leben, die Kaufleute schwindeln. Die Bauern aber müssen im Schweisse des Angesichts arbeiten -- um Gottes Willen.

(Schluß.)

mit nochmals dringend um schleunige Einsendung ersucht. (D. = Oktober, N. = November, D. = Dezember, J. = Januar, F. = Februar.)

Althaldensleben J., Berlin-Moabit D. J. J., Breitenbach J., Breslau J., Burgau J. J., Darmstadt J. J., Frankfurt a. D. D. N. D. J. J., Geringswalde J. J., Gräfenthal J., Hirschberg N. D. J. J., Höhr J., Hohenberg J., Klostervehra D. N. D. J. Lauf N. D. J. J., Magdeburg J., Manebach J. J., Martinroda J. J., Meuselbach J., München D. J. J., Neustadt D. J. J., Nymphenburg J., Reichenbach J., Sighendorf D. N. D. J. J., Sondershausen J., Suhl J., Wiesau J. J., Zell J.

Von den Berichten pro März stehen noch aus und wird ebenfalls um baldige Einsendung ersucht:

Arndorf, Ahlen, Albersweiler, Althaldensleben, Annaburg, Bayreuth, Berlin I., Berlin II., Berlin-Moabit, Breitenbach, Breslau, Burgau, Darmstadt, Duisburg, Elberfeld, Emmerich, Frankfurt a. D., Fraureuth, Freienorla, Fürstenberg a. W., Gera, Geringswalde, Gräfenhain, Gräfen-thal, Hirschau, Hirschberg, Höhr, Hohenberg, Kamenz, Kahlhütte, Klostervehra, Köln-Chrenfeld, Königszell, Köppelsdorf, Krieps, Langewiesen, Lauf, Lettin, Manebach, Margarethenhütte, Martinroda, Meuselbach, München, Neuhaus, Neustadt, Roffen, Nymphenburg, Pforzheim, Plaue, Pöschappel, Rathenow, Regensburg, Rehau, Reichenbach, Roda, Rudolstadt, Saargemünd, Schauberg, Schlierbach, Schmiedefeld, Schwelm, Selb, Sighendorf, Sondershausen, Sorau, Suhl, Tettau, Tirschenreuth, Uhlstädt, Wegeack, Walden-burg, Weingarten, Weißwasser, Wiesau, Wilda, Wittenberg, Zell.

Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Aemse d. J. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Berdienstlisten** aufgefordert:

Althaldensleben, Coburg, Eisenberg, Freienorla, Hermsdorf, Hirschberg, Hohenberg, Hüttensteinach, Königszell, Köppelsdorf, Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg, Rudolstadt, Schmiedefeld, Suhl.

W. Herden, Verbandskass.

55. Vorstandssitzung vom 26. 3. 1903.

Zarges ist krank; entschuldigt fehlt Graß.
Zuschriften von Ahlen, Martinroda und Nürnberg sind mit Kenntnisknahme erledigt. — Besonderer Umstände wegen wird der Vorsitzende nach Schlierbach delegiert; bei dieser Gelegenheit soll auch die Zahlstelle Frankfurt a. M. mit berührt werden. — Bezüglich von Kronach beantragter Weiterunterstützungen wird der Beschluß vom 17. 3. aufrecht erhalten. — Die beantragten Fahr-gelder für Mitglied 12 448 Pforzheim, sowie Fahr- und Umzugsgelder für 15 681 Tiefenfurt werden nach § 9 U.-R. abgelehnt. — Den Mit-gliedern 9180 und 3189 Jlménau, sowie dem Mitglied 10 975 Unterpörlitz wird nachträglich, auf Grund des beigebrachten Beweismaterials, die Unterstützung nach § 1 Absatz 6 U.-R. bewilligt. — Dem Mitglied 19 569 Jlménau wird Unterstützung vom 19. bis 28. 2. bewilligt. — Unterstützung für 29 651 Nürnberg wird nach § 9 U.-R. abgelehnt. — 32 672 Boigt Arnburg wird auf Antrag der Zahlstelle vom Verband ausgeschlossen. — Die Dis-kussion über die Sperren wird fortgesetzt und im Verlauf derselben beschlossen, die Halbsperren in ihrer jetzigen Beschaffenheit bis auf Weiteres nicht mehr bestehen zu lassen, sondern dahin abzuändern, daß mit Ausnahme der ganz gesperrten Orte, unter-schiedslos nach jedem Ort Fahr- und Umzugsgelder gewährt werden. Diejenigen Orte, an welchen von

Seiten der Unternehmer Verbandsmitglieder boykottirt werden, sollen in gewissen Zwischenräumen immer wieder zur Kenntniß der Mitglieder gebracht werden, durch diesbezügliche Bekanntmachungen im Verbandsorgan. Sofern Mitglieder an Orten, von welchen bekannt ist, daß Verbandsmitglieder nicht geduldet werden, wegen Verbandszugehörigkeit entlassen werden, erhalten dieselben weder Unter-stützung, noch Fahr- und Umzugsgelder nach einem anderen Ort. Mitglieder, welche wegen Ver-bands-thätigkeit an solchen Orten entlassen werden, erhalten nur dann Unterstützung, wenn eine solche Thätigkeit im besonderen Auftrage des Vorstandes entfaltet wurde. Mitglieder, welche jedoch an solchen Orten wegen Differenzen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis (Preisdifferenzen, Material-mangel, Arbeitsmangel u. s. w.) entlassen werden, bleiben im Besitze ihrer vollen Rechte. An Orten, an welchen von den Unternehmern errichtete Unterstützungs-kassen bestehen, und die dortselbst beschäftigten Mit-glieder dem Zwange unterliegen, solchen Kassen an-gehören zu müssen, soll in Zukunft dies ohne Weiteres gestattet sein. Insoweit unseren Mitgliedern Unter-stützungsansprüche bei Arbeitslosigkeit oder Arbeits-unfähigkeit aus solchen Kassen zustehen, so wird im Falle der Arbeitslosigkeit die Verbandsunterstützung um die Höhe der aus jenen Kassen gezahlten Beträge gekürzt, jedoch verlängert sich dafür die Dauer der Unterstützung dementsprechend. Bezüglich der Unter-stützung aus solchen Kassen bei Krankheitsfällen soll auf die diesbezüglichen Bestimmungen des Beihilfe-fond-Reglements besonders aufmerksam gemacht werden. Von der Liste der ganz gesperrten Orte werden gestrichen: Flörsheim, Regensburg, Selb und Stogheim. Die Orte Kronach (Bauer u. Rosenthal), Neustadt bei Coburg, Stadtlengsfeld und Neckendorf (Gressel u. Co.) sollen der Liste derjenigen Orte ein-verleibt werden, an welchen Verbandsmitglieder boykottirt werden. Von der Liste der halbgesperrten Orte werden gestrichen: Albersweiler, Mannheim, Rodach, Rheinsberg, Seegerhall und Thale. Mit-glieder, welche an Orten und Firmen in Arbeit-treten, an welchen Verbandsmitglieder nicht geduldet werden, haben unterschiedslos der Zahlstelle Berlin II. als auswärtige Mitglieder anzugehören, auch wenn an solchen Orten eine Zahlstelle des Verbandes sich befindet.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

— **Fröhliche Ostern** wünschen wir hiermit allen unseren „Ameisenbrüdern“ und „Schwestern!“ So mancher wird freilich auch trotz dieses Osterwunsches leider weder fröhliche und vergnügte, ja noch nicht mal gesunde Feiertage haben und schwer an den Folgen der miflichen Geschäftskonjunktur, der schlechten Arbeitsverhältnisse zu tragen haben. Ins-besondere aber die Letzteren haben zumest ein Theil der Arbeiter selbst durch ihre durch nichts entschuldbare Gleichgültigkeit den Bestrebungen der Berufsorganisation gegenüber verschuldet. Ostern ist das Fest der Auferstehung im kirchlichen Sinne, des Heilandes, im allgemeinen aber der Natur. Möge allen Porzellanarbeiter und „Arbeiterinnen“ der Gedanke der „Auferstehung“ recht bald beherrschen, und dahin führen, daß durch den ausnahmslosen Zusammenschluß aller in der Berufsorganisation, die Verhältnisse des Berufes einer Besserung entgegengeführt, mit alle recht bald auch nach den sauren Wochen, frohe Feste feiern können!

— **Nürnberg.** Diejenigen Kollegen, welche sich in Nürnberg um einen Arbeits-platz bemühen, werden im eigenen Interesse gebeten, sich bei der Zahlstellenverwaltung nach den hiesigen Verhältnissen zu erkundigen. Insbesondere gilt dies von den Malern. Die Zahlstellenverwaltung.

— **Großbreitenbach.** Die Agitations-kommission des 10. Bezirks beruft laut Inserat in dieser Nr. auf den 1. Osterfeiertag eine Delegirtenkonferenz nach Sighendorf (Gasthof Semmelpeter) ein. Die Kommission hat den Beschluß gefaßt, daß bei jeder Konferenz ein Vortrag gehalten werden soll, um den Verbandsinteressen innerhalb der Zahlstelle mehr Nachdruck zu verschaffen. Auch in agitatorischer Beziehung kann und soll diese Maßnahme

auf die unsrer guten Sache noch massenhaft fernstehenden Porzellanarbeiter ihren Einfluß ausüben. Zu diesem Zweck ersucht die Kommission die Verwaltung der betreffenden Zahlstellen, uns in unserm Bestreben zu unterstützen durch Anwesenheit sämtlicher den Zahlstellen angehörenden Mitglieder und so unsere Veranstaltungen zweckentsprechend zu gestalten. Also Alles am 1. Osterfeiertag nach Sibendorf. Die Agitationskommission Großbreitenbach. S. A.: Fridolin Koch.

Die „Mittheilungen“ vom „Selber Verband“ (Nr. 7) liegen vor uns. Wenn die diesem „Verband“ angehörenden Berufsgenossen sich ja auch wenig aus den Tausenden der anderen, in dem „Berliner Verband“ organisierten Porzellaner machen, und wenn auch die „Mittheilungen“ gar nichts von dem größeren „Berliner Verband“ ihren Lesern vorführt, wird sind anders demgegenüber geartet. Ja, wir glauben, daß unsere Genossen es uns verübeln würden, wenn wir ihnen nicht ab und zu über die „Bewegung“ bei den Selbern berichteten.

Und so wollen wir denn aus dem Wenigen des in den Mittheilungen Enthaltenen, das wenige für unsere Mitglieder Interessirende citiren.

Im November werden als Mitglieder aufgenommen: Emanuel Bezel, Adolf Krauß, Anton Dorfschmer, Karl Heindl, Karl Gläsel, Johann Opel, sämtliche Dreher zu Waldfassen. Dort wird eine Lokalstelle gegründet. Georg Reichel von der früheren Lokalstelle Marktleuthen wird vom Verband ausgeschlossen. Im Dezember werden aufgenommen: Albin Kuhles, Dreher in Neuhaus a. R., Lorenz Bommer, Franz Bayreuther beide Dreher in Selb. Im Januar: Carl Pech, Formgießer, Kolmar, Johann Beuker, Joh. Nagler, Joh. Kuhn, Dreher in Selb — (Putschreuther), Adolf Judas, Dreher, Selb — Bahnhof, Joh. Müller, Dreher, Schönwald. Im Februar werden aufgenommen: Paul Scheppan, N. Apelt, Rich. Nawrazell, Dreher in Frankfurt a. D. Louis Herte, Karl Grüner, Dreher, in Schönwald, G. Rothemann, Maler, ebenda, H. Buchmann, Max Kößler, Dreher, in Roschütz.

„Dem Ansuchen der Redaktion des österreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes in Zürich um Uebersendung unserer Mittheilungen wird entsprochen.“

Da sind die Desterreicher freilich gut daran; die Redaktion der „Ameise“ (nicht etwa jene des deutschen Porzellanarbeiter-Verbandes,) hat sich s. Zt. auch an den Präsidenten des Selber gewandt und ersucht gegen Zusendung der A. uns die Mittheilungen freundlichst zu übermitteln, wir wurden keiner Antwort gewürdigt. Na, bis jetzt haben wir ja trotzdem die Mittheilungen, wenn auch indirekt, erhalten.

Das Vermögen des Selber beziffert sich auf 1759,22 Mark, Mitglieder zählt derselbe 313.

Ein etwas sehr poetisch angehauchter Schriftsatz zählt alle die Unterstützungsbeträge, die im Jahre 1902 an Mitglieder gezahlt worden sind, auf, (4929,86 Mk.) und sollen die in diesen Nachweisen angegebenen Ziffern und Summen ein herabes Zeugniß von der Leistungsfähigkeit der Vereinigung und von dem unschätzbaren Werth, welche diese den Mitgliedern im schweren „Kampfe ums Dasein“ bieten, geben. Der Vorsitzende schließt dann mit folgenden Worten: „Nun ersuche ich alle Mitglieder, das bisher uns entgegengebrachte Vertrauen und Wohlwollen auch fernerhin zu erhalten, damit wir uns mit vereinten Kräften und liebevoller Arbeit am Schlusse des nun begonnenen Jahres mit

Gottes Hilfe wieder alle einmütig zusammen sehen zum Segen der Gesamtheit.“ Amen! fügen wir hinzu.

— **Oesterreichisches.** Gesperret ist die Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark.) Es sind dort elf Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation gemahregelt worden, wovon allerdings 4 (einer hat seinen Beruf gewechselt) zu Kreuze gekrochen sind, so daß 6 Genossen zu unterstützen sind.

Wegen Preisreduzierungen in der Steingutfabrik Josef Steidl in Znaim ist über diese Firma die Sperre verhängt worden. In Brünn stehen die Porzellanarbeiter mit den Unternehmern in Unterhandlungen und ist für Maler über alle keramischen Betriebe Brünns die Sperre verhängt.

Der Vorstand des böhmischen Verbandes hat für Sonntag, den 5. April, eine allgemeine Konferenz aller Malerpersonale Westböhmens einberufen, in welcher eine Aussprache über schwebende Fragen in der Malerbranche, die die mißlichen Arbeits- und Verdienstverhältnisse betreffen, stattfinden soll.

— Behufs besserer Agitation ist für Sonntag, den 19. April, ebenfalls vom Verbandsvorstande eine allgemeine Kaolinarbeiter-Versammlung nach Ottowitz einberufen worden.

— In Merkersgrün sind 20 Dreher entlassen worden; eine neue Fabrikordnung, die Defektzug vorsteht, soll eingeführt werden.

— Steingutfabrik Akt.-Ges. **Sörnewitz-**Meißen hat im verfloffenen Geschäftsjahre 152 547,77 Mk. Reingewinn erzielt. Eine Dividende von 10 pCt. wird zur Vertheilung vorgeschlagen.

— Steingutfabrik **Grünstadt** Akt.-Ges. hat einen Reingewinn von 5146 Mk. erzielt. Dividende erhalten die Aktionäre für ihre schwere Arbeit diesmal nicht.

— Porzellanfabrik **Fraureuth** A.-G. erzielte einen Reingewinn von 21 739 Mk. und sollen 3 pCt. Dividende verteilt werden. Die Fabriksparkasse weist 83 200 Mk. Einlagen auf und für Arbeiterwohlfahrt wurden 7912 Mk. ausgegeben.

Wenn die Porzellaner in Fraureuth so gestellt sind, daß sie so viel sparen können, wenn außerdem für ihre „Wohlfahrt“ so gut gesorgt wird, dann allerdings kann man wenigstens einigermaßen verstehen, warum dort die große Mehrzahl der Berufsgenossen der Organisation den Rücken kehren. Und doch: wenn es ihnen dort so gut geht, könnten sie die Beiträge für die Organisation, welche eine allgemeine Hebung der Lage der Porzellaner anstrebt, nicht auch noch zahlen?

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— **Die Neuwahlen zum Reichstage** finden laut Kabinettsordre vom 29. März am 16. Juni d. J. statt. Damit ist endlich die Ungewißheit über den Termin der Wahlen beseitigt, und der frische, fröhliche Wahlkampf kann beginnen. Es tritt nun mit der Veröffentlichung des Wahltermins die Bestimmung im zweiten und dritten Absatz des § 43 der Gewerbeordnung in Kraft, welche lautet: „Zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körperschaften ist eine polizeiliche Erlaubniß in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahltages nicht erforderlich. — Dasselbe gilt auch bezüglich der nicht gewerbsmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. In den beiden Mecklenburg bedarf es zu politischen Versammlungen während dieser Zeit keiner obrigkeitlichen Genehmigung.“

Wie wir schon früher betonten, haben diese kommenden Wahlen für die Gewerkschaften ein ganz besonderes Interesse, denn es geht aus so manchen Umständen in letzter Zeit hervor, daß das Koalitionsrecht in Gefahr ist.

Der Norddeutsche Lloyd in Bremen hat in Bremerhaven gegen die dortigen Mitglieder des Hafenarbeiter-Verbandes Maßregelungen vorgenommen, die einen Austritt von zirka 1000 Arbeiter aus dem Verband zur Folge hatte, er will weiter ab 1. Mai Arbeitsnachweise bilden, die dann wohl nur unorganisirte Arbeiter berücksichtigen, kurz, es ist die vollständige Ausmerzung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter geplant. (Ueber diese Angelegenheit informiren wir unsere Leser durch den Abdruck eines Artikels aus „Der Hafenarbeiter weiter unten“).

Dieses Vorgehen wird von dem Unternehmertum „natürlich“ gut geheißen und die auf dieser Seite stehenden Zeitungen blasen in dasselbe Horn. Die „Befreiung“, das sich ein liberales Blatt nennen läßt, schreibt: „Wer in Lloyd Diensten Beschäftigung und Arbeit sucht, muß sich von vornherein darüber klar sein, daß seine Betheiligung an einem Streik ausgeschlossen ist.“ Für diese Zeitung ist eine gewerkschaftliche Vereinigung eben weiter nichts als ein „Streikverein.“

Aber drastischer noch urtheilt ein Regierungsblatt, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ über das Vorgehen des Lloyd gegen das Koalitionsrecht. Das Blatt schreibt: „Die Sozialdemokratie hat auch in diesem Fall über Vergewaltigung des Koalitionsrechtes geschrieben, aber auch in diesem Fall zu Unrecht. Es ist keinem Arbeiter benommen, dem Hafenarbeiterverband auch ferner anzugehören, aber der Lloyd ist nicht verpflichtet, Verbandsmitglieder anzustellen, oder an seiner Pensionskasse theilnehmen zu lassen. Das Koalitionsrecht ist ein gesetzlich erlaubter Akt der Selbsthilfe, die aber auch den Arbeitgebern die Selbsthilfe gestattet, und alle berufenen Faktoren haben die Pflicht darüber zu wachen, daß das Koalitionsrecht nicht zum Zwang ausartet. Das Verhalten des Norddeutschen Lloyd, Unsicht mit Thatkraft gepaart, verdient hohe Anerkennung und sollte den deutschen Arbeitgebern, namentlich auch den Arbeitgeberverbänden, zum Beispiel dienen. In ähnlicher Weise ließen sich die sozialdemokratischen Organisationen gewiß noch an vielen Stellen durchbrechen. Wenn die Arbeitgeber-Verbände ihr Interesse richtig verstehen, könnte es ihnen nicht schwer fallen, durch gemeinsame Maßnahmen zu erzielen, was einer einzelnen Firma ohne große Schwierigkeiten zu erreichen möglich gewesen ist.“

Also ein Regierungsblatt findet es richtig, die Arbeitgeber und deren Verbände, die doch auch nur auf Grund des Koalitionsrechtes möglich sind, dazu förmlich aufzufordern, „scharf zu machen“, der Arbeiterschaft ihr bisheriges Koalitionsrecht durch brutale Machtmittel illusorisch zu machen! Daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ das Vorgehen des Bremer Lloyd erst recht lobt und zur Nachahmung geeignet empfiehlt, ist nur zu „natürlich.“ Wenn solchergestalt von jener Seite aus ein förmlicher Klassenkampf, denn etwas anderes bedeutet das Vorgehen nicht, gerade jetzt vor den Reichstagswahlen inszenirt wird, so meinen wir, muß dies auch den neutralsten Nurgewerkschaftler aufrütteln und ihn veranlassen, darüber klar zu werden, daß nur die Wahl sozialdemokratischer Vertreter zum Reichstag, die geeignetste Antwort auf die Untergrabung des Grundrechtes der Arbeiterschaft sein kann.

„Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins“ dieser Satz wird zur Genüge in den Blättern des Unternehmertums ausgebeutet. Wenn in diesem Sinne, wie es die Unternehmer meinen, auch nicht ganz stimmt, angesichts der oben mitgetheilten Gelüste, die ja allerdings schon etwas alles sind, dürfte es wirklich durchaus nicht auffällig erscheinen, wenn wir Gewerkschaftler jetzt im Wahlkampfe uns auf die Seite schlagen, von der wir überzeugt sind, daß nur von dort her uns eine Unterstützung in dem aufgedrungenen Kampfe um das Koalitionsrecht zu Theil wird. Nur die Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben in der entschiedensten Weise Front gegen die ab und zu offen oder versteckt aufgetauchten Versuche der Unterbindung des Koalitionsrechtes, gemacht. Und ganz abgesehen davon, daß sie auch sonst bei allen geplanten und eventuell durchgeführten Belastungen und Bedrückungen des arbeitenden Volkes ihren Mann stellten, so ist aber angesichts der Absichten der Unternehmer, die von Regierungsblättern sogar unterstützt werden, es nur logisch, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter alles thun, um möglichst viel sozialdemokratische, oder sagen wir, wirkliche Arbeitervertreter in den kommenden Reichstag hinein zu bringen.

— **2. Allgemeiner Deutscher Krankenkassen-Kongreß.** In Anwesenheit von 1128 Delegierten, die 1100 Kassen mit 4 1/4 Millionen Mitgliedern vertreten, wurde am 15. März der Kongreß eröffnet, dessen Zweck war, Stellung zu der jetzt dem Reichstag vorliegenden Novelle zu nehmen. Nach einer einleitenden Rede des Dr. Friedeberg-Berlin sprach Graef-Frankfurt über die Selbstverwaltung der Kassen; er schlug folgende Resolution vor:

„Die Novelle der Regierung zum Krankenkassenversicherungsgezet sieht einige Erhöhungen der Leistungen an die Versicherten vor, deren Kostendeckung aber unter Vernachlässigung aller anderen Wege (Zentralisation, Beseitigung der Lasten für die Unfallversicherung, Reichszuschuß, Errichtung eigener Apotheken u. s. w.) lediglich den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebürdet ist. Da ferner der größte Theil der berechtigten dringlichen, der Regierung so oft unterbreiteten Forderungen der Krankenkassen Deutschlands völlig unberücksichtigt geblieben ist und da die geringen Verbesserungen mit einer wesentlichen Einschränkung und Beeinträchtigung der Selbstverwaltung, dieses Grundseilers der gedeihlichen Entwicklung des Krankenversicherungswesens, erkauft werden sollen, erklärt der am 15. und 16. März in Berlin tagende Kongreß der Krankenkassen Deutschlands diese Vorlage der Regierung für unannehmbar.“

Gegen diese Fassung wurde aus der Versammlung starker Widerspruch laut, der die Vortheile der Novelle betonte. Zu der Resolution wurde ein Zusatz beantragt: „Wenn die auf Beschränkung der Selbstverwaltung gerichteten Bestimmungen nicht gestrichen werden, lehnt der Kongreß die Vorlage ab.“ Nur mit diesem Zusatz wurde die Resolution dann fast einstimmig angenommen. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zu den Forderungen der Ärzte (Soz. Praxis Sp. 560). Albert Kohn-Berlin wandte sich scharf gegen sie, während Tischendörfer-Berlin ein kräftiges Wort für die Ärzte einlegte. Der Kongreß nahm jedoch folgende Entschliebung an:

Der Kongreß u. s. w. hat mit Bedauern von der Thatsache Kenntniß genommen, daß von den Herren Ärzten in Denkschriften

und Zeitungen die Kassenvorstände als Mittelpunkt der parteipolitischen Bestrebungen verdächtigt werden. Der Krankenkassenkongreß bedauert, daß die Debatten der Hamburger Jahresversammlung nicht einmal vermochten, die Ärzte von ihrer rückständigen Forderung der 2000 M.-Grenze abzubringen. Der Kongreß antwortet, daß sich niemals Regierung und Volksvertretung zur gesetzlichen Festlegung der freien Arztwahl bereit finden werden, weil eine unerträgliche Belastung die Folge wäre. Die Anwendbare Konsequenz der freien Arztwahl wäre die Zwangslage, Honorare nach dem Diktum der Ärzte zu zahlen. Die freie Arztwahl ist Sache der örtlichen Kassenverwaltungen. Zu freien Kommissionen sind die Kassen seither schon stets bereit gewesen und sind für Verbesserungen auf dem Gebiete der Krankenkassenstatistik jederzeit bereit. Die Kassen werden jederzeit bereit sein, berechtigten Forderungen nachzukommen.“

Nach den Ärzten kamen die Apotheker an die Reihe. Hier wurde die Resolution des Referenten P. Maguan-Berlin mit einem Zusatzantrag Tischendörfer angenommen:

„Der Kongreß hält es für durchaus notwendig, daß gesetzliche Bestimmungen geschaffen werden, welche den Krankenkassen beziehungsweise den Kassenverbänden, es gestatten, eigene Apotheken zu errichten, welche es ihnen aber zum mindesten gestatten, solche Arzneien, welche von den Apotheken im Handverkauf abgegeben werden, direkt an die Mitglieder auf Grund ärztlicher Verordnungen zu liefern.“

— Dazu: „Wir fordern Kommunalisierung der Apotheken und, bis das erreicht ist, die Errichtung eigener Apotheken durch die Krankenkassen.“

Weiter sprach Fraefsdorf (Dresden) über die Angliederung der Krankenversicherung an die Invalidenversicherung. Das Versicherungswesen müsse vereinfacht werden. An die Vereinten Versicherungen könnten auch sehr gut Arbeitslosenversicherung, Witwen- und Waisenversicherung und Arbeitsnachweis angegliedert werden. Die hierzu beschlossene Resolution lautet:

„Der Kongreß hält eine Verschmelzung der gesamten Arbeiterversicherungen im Interesse der Versicherten für geboten. Durch eine solche würde eine viel schnellere und zufriedenstellendere Fürsorge für den Kranken und Invaliden herbeizuführen sein, auch würden sich die Verwaltungskosten verringern. Zur Durchführung der Witwen-, Waisen- und Arbeitslosen-Unterstützung würde durch eine solche Vereinigung eine sehr geeignete Organisation geschaffen. Der Kongreß hält aber eine Verschmelzung nur dann für annehmbar, wenn dabei die Selbstverwaltung durch Versicherte und Arbeitgeber, wie sie bei den organisierten Krankenkassen gegenwärtig gegeben, nicht angetastet wird. Eine erspriechliche Sozialreform ist nur dann zu erzielen, wenn bei deren Durchführung diejenigen, für welche sie gegeben, den wesentlichen Einfluß haben. Es muß daher der lebhafteste Protest dagegen erhoben werden, daß jeder Fortschritt auf sozialpolitischem Gebiet mit Einschränkung der Selbstverwaltung erkauft werden soll.“

Es folgte sodann die Berathung von Anträgen, bei denen von vorn herein diejenigen ausgeschlossen wurden, die sich als spezielle Wünsche einzelner Kassen offenbarten, während eine Reihe anderer auf Vereinfachung der Organisationen durch Schaffung großer leistungsfähiger Kassen und Kassenverbände durch eine zusammenschließende Resolution erledigt wurden. Es wurden dann noch folgende

Anträge angenommen: Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen auch die selbstständigen Gewerbetreibenden, sofern das Jahreseinkommen 3000 Mk. nicht übersteigt, ferner auf Militärpersonen, wenn sie in einem versicherungspflichtigen Betriebe gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden. Angenommen wurde ferner der Antrag, bei Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes die Gemeindebehörde und Vertreter der Arbeitgeber wie der Versicherten heranzuziehen und als Minimum 2 Mk. für männliche Erwachsene, 1,50 Mk. für alle übrigen Versicherten zu fordern. Lebhafteste Zustimmung fanden eine Anzahl Anträge auf Förderung der Waldverholungsstätten, ferner wurden einige Anträge über die Regelung des Verwaltungsstreitverfahrens angenommen, ebenso wie der Antrag, in Fällen, in denen die Mittel der Krankenkassen nicht mehr ihren Ansprüchen genügen, statt eine Beitragserhöhung eintreten zu lassen, die Beihilfe der Invalidenversicherung in Anspruch zu nehmen. Endlich fand eine Resolution auf Bildung von Zentralkommissionen aus den Krankenkassen eines Ortes oder größerer Bezirke zum Zwecke der Erzielung günstiger Verträge mit Ärzten, Apothekern, Krankenhäusern, Badeanstalten u. s. w., lebhafteste Zustimmung. Die sämtlichen Zentralkommissionen sollen dann weiter zu einem Verbandsverbande zusammentreten, der, ohne das Arbeitsfeld bereits bestehender Organisationen zu beeinträchtigen, eine Vertretung der gemeinsamen Interessen aller Versicherten darstellen soll.

Nachdem dann Berger-Weißwasser namens der Arbeitgeber seine Zustimmung zu den gefaßten Resolutionen und der Leitung des Kongresses ausgesprochen hatte, wurde dieser nach einigen Worten des Dankes durch den Vorsitzenden geschlossen. („Soz. Praxis“).

— Die organisierten **Tabakarbeiter** hielten ihre erste Generalversammlung unter Theilnahme von einigen sechzig Delegierten in Dresden ab. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Anträge auf Einführung von Arbeitslosenunterstützung und Krankenunterstützung. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß von zirka 112 000 über 16 Jahre alten Tabakarbeitern rund 18 000, also 18 pCt. organisiert sind. Seit 1895 seien zwar 9726 neue Mitglieder eingetreten, doch habe der Verband in den beiden letzten Jahren nur 776 Mitglieder mehr aufzuweisen. Um der Fluktuation zu begegnen, werden die obengenannten Unterstützungsrichtungen empfohlen. Es wird die Einrichtung dieser Unterstützungen auch mit 43 gegen 18 Stimmen beschlossen. Es sind zwei Klassen vorgesehen, in der billigeren mit 25—35 Pfg. Beitrag werden gezahlt nach 52 wöchentlich Mitgliedschaft und Beitragsleistung bis zu 40 Tagen: täglich 50 Pfg., nach 104 Wochen: täglich 60 Pfg., nach 156 Wochen 70 Pfg. Diese Klasse ist für die Tabakarbeiterinnen, Hilfsarbeiter und Lehrlinge. Die andere Klasse zahlt bei einem wöchentlichen Beitrag von 35—75 Pfg. nach 52 Wochen 70 Pfg. täglich, nach 156 Wochen eine Mark. Krankengeld wird in vier Abstufungen (45, 90, 1,35 und 2,25 Mk. pro Tag) für die Höchstdauer von 156 Tagen gewährt. Die Unterstützung für Arbeitslose beginnt mit dem 4. Tage der Arbeitslosigkeit. Die Eintheilung des Verbandes in Gauen wurde abgelehnt. Die Sortirer haben einen besonderen Verband, hierzu wird ein Antrag angenommen, der die Verschmelzung beider Verbände als wünschenswerth bezeichnet bzw. den Vorstand mit den weiteren Schritten hierzu betraut. Einen interessanten Beschluß

fakte die Generalversammlung bezüglich Zahlung von Streikunterstützung. Diese wird nur gegen Wechsel gewährt als Darlehn und der Wechsel erlischt, wenn das betreffende Mitglied im Laufe der nächsten 52 Wochen seine Verbandspflichten erfüllt hat. Bezüglich der Versicherung der Verbandsbeamten in der Unterstützungs-Genossenschaft des Vereins Arbeiterpresse wird beantragt, die Beiträge hierfür zur Hälfte aus Verbandsmitteln zu decken, das wird abgelehnt, dagegen wird das Gehalt der Beamten um 100 Mk. erhöht und diese werden verpflichtet, der Unterstützungsvereinigung beizutreten. Die bisherigen Beamten wurden wieder gewählt. Der Sitz des Verbandes bleibt in Bremen.

— Die **Militärschneider** Berlins streiken seit 3 Wochen, weil ihnen ihre Lohnforderungen von den Firmeninhabern nicht bewilligt wurden. Außerdem streiken Schneider in Metz und Regensburg. In Kassel bestanden Differenzen, die aber zu Gunsten der Kollegen beigelegt wurden. Eine Tarifgemeinschaft ist dort zwischen den Arbeitgebern und den Mitgliedern des Schneiderverbandes auf 5 Jahre vereinbart worden. Auch in Augsburg, Elmshorn, Göppingen, Köln und Neuruppin sind Lohnbewegungen zu Gunsten der im Schneidergewerbe Beschäftigten beigelegt worden.

— Die **Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter** Berlins stehen seit 4 Wochen im Streik. 47 Arbeiter in 4 Betrieben stellen Forderung auf Lohnerhöhung, diese wurde abgelehnt, die Arbeiter traten daraufhin in den Ausstand; die Arbeitgeber vertheilten nun die Streikarbeit auf sämtliche Betriebe Berlins. In 34 Betrieben wurde die Anfertigung solcher Arbeit seitens der Arbeiter verweigert, bezw. legten die Arbeit nieder, so daß nunmehr ca. 330 im Ausstand sich befinden. Seit 1901 befinden sich die Arbeiter in der Holzindustrie fast ununterbrochen im Kampfe, es wurden große Summen geopfert, weshalb auch die Berliner Gewerkschaftskommission Sammellisten ausgiebt, deren Erträgniß den Streikenden zu Gute kommen soll. Die Holzindustriellen wollen nun 25 pCt. der Tischler aussperren, um die Maschinenarbeiter gefügiger zu machen.

— Für die im **Buchbindergewerbe** beschäftigten Arbeiter ist seit dieser Woche in Berlin ein paritätischer Arbeitsnachweis geschaffen worden. Derselbe ist für Verbandsmitglieder unentgeltlich, Nichtmitglieder zahlen 20 Pfg. Das Umschauen nach Arbeit hat nun zu unterbleiben, die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, ihre Arbeitskräfte möglichst nur durch diesen Arbeitsnachweis einzustellen.

Als ein **Verzweiflungsakt** kann ein Streik von über 400 in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft = Berlin beschäftigten Frauen und Mädchen bezeichnet werden. Sie hatten bis dato Jammerlöhne und bei dem großen Angebot von weiblichen Arbeitskräften der Großstadt, war es der Direktion möglich, die Löhne immer noch niedriger zu drücken. Lieber ohne, als bei der Arbeit hungern, sagten sich die Arbeiterinnen endlich und legten die Arbeit nieder. Angesichts des geschlossenen Auftretens der Frauen und Mädchen mußte die Firma nachgeben, nach mehrstündiger Verhandlung wurden folgende Zugeständnisse gemacht:

Neueingestellten wird auf die Dauer von acht Wochen ein Stundenlohn von 15 Pfg. garantiert. Länger Beschäftigte sollen bei den künftigen Arbeiten im Akkord ebensoviel verdienen, wie die Arbeiterinnen in andren Abteilungen. Der Durchschnittsverdienst wird auf 13,50 Mk. normirt. Maßregelungen

dürfen nicht stattfinden, auch werden sämtliche Entlassenen wieder eingestellt. Die Streikenden erklärten sich mit diesen Zugeständnissen einverstanden und nahmen am Montag die Arbeit wieder auf.

Wächten sich doch die Porzellanarbeiterinnen ein Beispiel an diesen Arbeiterinnen nehmen.

— **6000 Arbeiter der Schuhbranche** in Pirmasens (Rheinpfalz) sollen nach Beschluß des dortigen Fabrikantenvereins ausgesperrt werden, weil infolge Nichtzahlens des vereinbarten Lohnes die Zwickler ihre Arbeit aufkündigten. Die in christlichen Organisationen vereinigten Arbeiter, werden von ihren christlichen Brodgebern dabei ebenfalls mit ausgesperrt. Was liegt solchen Unternehmern auch daran, ob „ihre“ Arbeiter Heiden oder Christen sind, in freien oder christlichen Gewerkschaften organisiert sind, billige und willige Ausbeutungsobjekte will er haben. Das ist der Gesellschaft die Hauptsache.

— In **Hamburg** ist der Andrang von **Auswanderern** gegenwärtig sehr stark, hauptsächlich sind es Israeliten aus den osteuropäischen Ländern.

— In **Essen** haben die Krupp'schen Arbeiter, statt daß sie das Tisch Tuch mit „jenen Leuten“ zerschnitten, bei der Gewerbeerichtswahl dafür gesorgt, daß alle Kandidaten der freien Gewerkschaften mit großer Majorität gewählt wurden.

— In **Holland** wird die Lage ernster. Verhandlungen der Eisenbahn- und Straßenbahn-Angestellten mit den Eisenbahngesellschaften, sind durch die Verhandlungen des Parlaments über die gegen die Arbeiter gerichteten Gesetze, unterbrochen worden. Eine Versammlung von Eisenbahnangestellten in Amsterdam hat beschlossen, mit 597 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen den Führern der Arbeiter Vertrauen entgegen zu bringen. Gleichzeitig wurde der Entschluß ausgesprochen, auf die erste Aufforderung in den Ausstand zu treten, um die Anwendung der Gesetze gegen die Ausstände zu hindern.

Inzwischen ist der allgemeine Ausstand sämtlicher bei Beförderung von Personen und Waaren beschäftigter Arbeiter für das ganze Land, einschließlich der Eisenbahnangestellten erklärt. Er richtet sich in der Hauptsache gegen die Gesetze, welche gegen die Ausstände vorge schlagen sind.

— **Parteiens.** Wer kennt nicht diese kleinen Zettelchen? Das Schöffengericht Berlins betrachtete sie als einen „Aufruf“, weil darauf steht: „Für den sozialdemokratischen Unterstützungsfond“, und belegte einen Parteigenossen, der Besuchern des Müggelschloßchens in Friedrichshagen solche Bons gegen Zahlung von 10 Pfg. entgegenhielt, mit einer Geldstrafe. Das Landgericht II. als Berufungsinstanz hob dieses Urtheil auf. Die §§. 10 und 41 des preussischen Pressgesetzes seien auf die Bons nicht anwendbar, eine Kollekte die der Genehmigung bedürfe, weiter eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung beziehungsweise grober Unfug läge auch nicht vor. Die Staatsanwalt legte gegen dieses freisprechende Urtheil Revision ein, daß Kammergericht hat aber ebenfalls die Revision abgewiesen, weil dieselbe an den tatsächlichen Feststellungen scheiterte und ein Rechtsirrtum nicht erkennbar sei.

— **Bremerhaven.** In der Schlußnote in Nr. 5 des „Hafenarbeiter“ über die Vorgänge in Bremerhaven ist bereits darauf hingewiesen, daß sich die Hafenarbeiter getäuscht hatten, als sie annahmen, daß sie in der Direktion des Norddeutschen Lloyd Leute gefunden hätten, die Vernunftgründen zugänglich seien. Das Vertrauen, welches die Hafenarbeiter

zu der Direktion nach der sehr vernünftigen Erklärung des Herrn Direktor Leist hatten, ist bit getäuscht worden. Wenn wir bereits bekannt gaben, daß die Direktion ihr gegebenes Versprechen, wenn der Brauch Miesebiter contra Krumsiek zu Ungunsten des Ersteren ausfallen würde, auch Miesebiter entlassen würde, öffentlich als nicht gegeben widerrief, so schente sie sich ja denn auch nicht, den zweiten Schritt auf dem Wege des Unrechts zu thun. Die beiden Kollegen Ripken und Brandes, die Mitglieder der Kommission waren, die bei der Direktion vor gestellt geworden war und von derselben das Versprechen miterhalten hatten, gaben eine öffentliche Gegenerklärung ab, worin sie die unwahren Behauptungen der Direktion zurückwiesen und sich auf das Entschiedenste dagegen verwahrten, unrichtige Berichterstattungen gemacht zu haben. Auf diese Erklärung antwortete die Direktion mit der Entlassung der beiden Kollegen.

Aus dem ganzen Verhalten des Norddeutschen Lloyd war ersichtlich, daß es ihm nur darum zu thun war, die Hafenarbeiter durch frivole Provokation zum Streik zu veranlassen. Eine Versammlung der Kohlenarbeiter besaßte sich dann mit der Entlassung der beiden Kollegen und sprach ihre Entrüstung über das Verhalten des Norddeutschen Lloyd aus, welches bei jedem anständigen Menschen, der noch auf Ehre hält, ein widerliches Empfinden hervorzurufen mußte. Die Versammlung durchschaute jedoch die Handlungsweise des Lloyd, und beschloß, demselben den Gefallen nicht zu thun, sondern die beiden Gemäßigten zu unterstützen und für den weiteren Ausbau der Organisation Sorge zu tragen, die dergleichen schloßigen Handlungsweisen vorbeugen. Dieses mäßliche Verhalten der Kohlenarbeiter erregte natürlich die Wuth des Norddeutschen Lloyd, dem es nur darum zu thun war, die Hafenarbeiter in einen Streik zu verwickeln, auf ihre Gründe werden wir noch nachher eingehen, und ergreife neue Maßregeln.

Am 20. März d. J. erließen die beiden bürgerlichen Blätter der Unterweserorte eine Bekanntmachung von H. J. Hirsch, worin hervorgehoben wurde, daß eine Anzahl Gänge aus Arbeitern gebildet werden sollte, welche dem Hafenarbeiterverband nicht angehören. Daß man durch diese Bekanntmachung zweifellos die Zertrümmerung der Organisation der Hafenarbeiter beabsichtigte, bewies der Lloyd denn auch dadurch, daß man am 21. März sämtliche Vorstandsmitglieder der Hafenarbeiterorganisation, die Obleute der Letzteren, die Mitglieder der Arbeiterkommission und Arbeiterschuttkommission einfach entließ, trotzdem fast Alle Familienväter sind und Jahre lang ihre Arbeitskraft dem Norddeutschen Lloyd geopfert hatten. Trotzdem doch dieses Vorgehen ohne Rücksicht auf die Frauen und die armen Kinder der Entlassenen die bitterste Wuth hervorzurufen mußte, vertheilten sich dieselben ruhig. Sie wählten eine Kommission, welche mit den Genossen Döhring, Paul Müller-Hamburg und Ebert-Bremen zusammen in Bremen bei der Direktion vor gestellt werden sollte, um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Leider hat diese Kommission in Bremen keinen Erfolg gehabt, indem der Generaldirektor Wiegand einfach derselben erklärte, daß die Direktion des Lloyd sich prinzipiell nicht in den gegenwärtigen Streit zwischen den Hafenarbeitern und Herrn Hirsch hineinmische, jedoch habe sie nichts dagegen, wenn die Arbeiter mit Herrn Hirsch in Unterhandlungen treten würden. Es sollte denn auch nichts unversucht gelassen werden um den Frieden ansrecht zu erhalten. Die Kommission beschloß sich auch mit Herrn Hirsch in Verbindung zu setzen. Dieser erklärte, einige Tage Bedenkzeit haben zu müssen; es fanden dann allerdings auch die angekündigten weiteren Entlassungen nicht statt.

Wenn wir aber glaubten, daß an eine gütliche Beilegung womöglich noch zu denken sei, so hatten wir uns getäuscht, indem in den bürgerlichen Blättern eine Bekanntgabe des Norddeutschen Lloyd gebracht wurde, worin die Arbeiter aufgefordert wurden, soweit sie bei der Anmeldung zu den aus Nichtmitgliedern des Hafenarbeiterverbandes zu bildenden Gängen ihre Quittungsbücher nicht abgegeben hätten, dieses zu thun, da deren Ablieferung als Beweis des Austritts aus dem Hafenarbeiterverbande verlangt werden müsse. Sehr interessant ist es hier, feststellen zu können, wie es mit der Wahrheitsliebe der Direktion des Norddeutschen Lloyd und insbesondere des Herrn Generaldirektors Wiegand bestellt ist. Bei allen seinen Machinationen gegen die Hafenarbeiter verschanzte er sich stets hinter den Generalunternehmer Hirsch, und der Kommission ließ Wiegand noch erklären, daß die Differenzen lediglich zwischen Hinz und den Arbeitern bestehen. Diesen letzten Aufruf hatten nämlich die beiden Direktoren des Norddeutschen Lloyd, Wiegand und Bremermann, unterzeichnet. Die Verfügung, daß die Quittungsbücher abgeliefert werden sollten, war vom Norddeutschen Lloyd schon länger getroffen, aber irrthümlicher Weise von Hirsch nicht ausgeführt worden. Hirsch soll ja denn auch eine gehörige Mühe erhalten

haben, und in der Aufregung hat man sich dann demaskiert gezeigt und sich nicht hinter Girsch versteckt, sondern die Direktion hat bewiesen, daß ihre Worte eitel Lug und Trug waren und der Norddeutsche Lloyd der Urheber sämtlicher Scharfmachereistreiche war, während Girsch nur die vorgeschobene Person war.

Die Hafenarbeiter in Bremerhaven waren ja längst überzeugt, daß es dem Norddeutschen Lloyd nur um die Inzentruung eines Streiks zu thun war, sie kannten ja die Gründe, welche demselben ein solches Vorgehen notwendig machte; und infolgedessen ließen sie sich auch jetzt noch nicht provozieren, sondern bewiesen, daß sie als Männer im Staube waren, die Situation überblicken zu können, da sie dem Lloyd keinen größeren Gefallen hätten erweisen können, als sich zu weigern, ihre Verbandsbücher abzugeben. Die Kollegen in Bremerhaven zeigten, daß die Schulung der Organisation bei ihnen gute Früchte getragen hatte, und sie im Interesse der Organisation handelten, wenn sie sich auch dieser letzten Willkür unterwarfen, und ihre Verbandsbücher abgaben; welches sie denn auch thaten.

Die ganzen Vorkommnisse haben uns denn nun gezeigt, daß der Fall Krumhölz, der ja laut schöffengerichtlichen Urteils vom 26. März 1903 zu 60 Mk. Geldstrafe oder zwölf Tagen Gefängnis wegen Beleidigung des Vorarbeiters Miesebietler verurteilt ist, bei der ganzen Sache eine untergeordnete Rolle spielte und es dem Norddeutschen Lloyd nur darum zu thun war, die Arbeiter in den Streik hineinzuziehen, um einerseits dem etwas wackelig dastehenden Mandat des Abgeordneten Frese sicheren Halt zu verschaffen, weil man kalkulirte, die dann herangezogenen fremden Arbeiter ließen sich leichter als Stimmvieh benutzen; andererseits ist hervorzuheben, daß die Abschlüsse des Lloyd in dem letzten Jahre sehr ungünstig waren, und es wird denn auch an Bornwürfen seitens der Herren Aktionäre nicht gefehlt haben, die nicht wie sonst die fetten Dividenden einheimen konnten. Solche Bornwürfe hat man zu gerne stets auf die Arbeiter abgewälzt, indem man von der Begehrlichkeit derselben sprach, hier lagen aber keine Anhaltspunkte vor, infolgedessen mußten welche geschaffen werden, und nichts wäre der Direktion lieber gewesen, als wenn ein Streik der Hafenarbeiter ausgebrochen wäre, dem hätte man leicht sämtliche Schuld an dem schlechten Geschäftsgang zuschieben können. Hinzu kommt ja auch noch, daß die gut disziplinierte Hafenarbeiterorganisation dem Lloyd schon längst ein Dorn im Auge gewesen ist, deren Stärke man bereits des Ofteren erfahren mußte.

Daß dieses rücksichtslose Vorgehen selbst bei Unparteiischen Kopfschütteln erregen mußte, hat denn auch wohl selbst der Norddeutsche Lloyd eingesehen, und um sich einigermaßen der Öffentlichkeit gegenüber zu rechtfertigen, will man denn eine Pensionskasse für die Arbeiter gründen, und zu diesem Zwecke sollen 100 000 Mk. für die Werkstättenarbeiter und die gleiche Summe für die Kohlen- und Ladungsarbeiter zur Bildung eines Pensionsfonds gespendet werden. Mit der Gründung dieser Pensionskasse verfolgt man nebenbei ganz andere Zwecke, als die alten Arbeiter vor Noth zu schützen. Den besten Beweis liefert ja die Pensionskasse der Hamburg-Amerika-Linie, und wie verlautet, will man dasselbe System auch hier einführen. Also nicht wie es Pflicht eines jeden Arbeitgebers sein müßte, für Arbeiter, die in seinem Dienste alt und kümmerlich geworden sind, allein zu sorgen, nein, zu diesen Pensionskassen müssen die Arbeiter hohe Beiträge leisten, und wenn man dann annimmt, daß die Pensionierung erst erfolgt, wenn die Kraft des Arbeiters total verbraucht ist, so kommt die Summe der von den Arbeitern gezahlten Beiträge der eventuell gewährten Pension so ziemlich gleich. Es liegt ja denn auch den Arbeitgebern bei Gründung solcher Kassen durchaus nicht das Wohl und Wehe der Arbeiter am Herzen, sondern sie glauben sterblich sich eine ihnen stets dienstbare und willfährige Arbeiterschaft zu erziehen; dieses ist auch das Hauptleitmotiv, welches den Lloyd veranlaßt hat, die Gründung einer Pensionskasse anzustreben.

Auf all das Gelächel und Gefasel der gegnerischen Presse einzugehen, halten wir unter unserer Würde, uns ist auch der Raum unseres Blattes viel zu kostbar dazu. Allen voran ist natürlich wieder die „Allgemeine Schiffs- und Handelszeitung“, die nicht genug von den Mäthern des sozialistischen Hafenarbeiterverbandes und dem geübten Terrorismus der Führer faselt kann, denen an dem nationalen Wohlstand nichts gelegen sei. Wir überlassen es getrost der Öffentlichkeit, zu beurtheilen, wenn mehr an einem nationalen Wohlstand gelegen war, dem Norddeutschen Lloyd, der unter allen Umständen einen Streik provozieren wollte, oder den Hafenarbeitern und deren Führern, die bei all dieser Unternehmervöllkür eine Mäßigung befruchteten, wie sie nur bei gewerkschaftlich gut geschulten Arbeitern zu suchen ist. Das eine Jugendkind müssen wir dem Goldschreiber des vorgenannten Blattes jedoch machen, daß er mit einer Unvergleichlichkeit, die seines-

gleichen sucht, sich in jede Lage hineinzufinden weiß. Bei dem kürzlich stattgefundenen Streiks in Holland und Frankreich faselte er von dem Terrorismus der sozialistischen Arbeiterführer, die die Arbeiter zu Streiks aufreizten und hetzten; während er in Bremerhaven von einem Terrorismus faselt, der von den Führern ausgeübt worden sei, weil sie durch kluge Taktik die Arbeiter nicht zum Streiken veranlassen.

Von Bremen geht uns dann noch die Meldung zu, daß sämtliche Unternehmer an der Unterweser beschlossen haben, vom 1. Mai d. J. ab ein Arbeitsnachweiskureau in Bremen, Bremerhaven und Begejacl zu errichten. Die neu anzustellenden Arbeiter sollen nur durch Vermittelung dieser Nachweiskureau angenommen werden. Es sollen auch gemeinsam Maßregeln vereinbart sein, welche bei Ausbruch von Streikbewegungen getroffen werden sollen. Dasselbe Recht, das man jedoch den Arbeitern geraubt hat, das Koalitionsrecht, nimmt man für sich in Anspruch, wenn es gilt, den Arbeiter in der ungenügsamsten Weise noch mehr zu knebeln. Es schadet aber nichts, die Fortentwicklung der Arbeiterbewegung wird es nicht hindern können, in Gegentheile manchen Arbeiter, der sich von der Bewegung noch ferngehalten hat, werden die Augen geöffnet, und er wird zu der Einsicht kommen, daß nur geschlossenes Vorgehen, verbunden mit taktischer Klugheit, zum Ziele führt.

Briefkasten.

A. A. Zu Frage 1 kann ich Ihnen keine Antwort geben, bis der Vorstand über diese Angelegenheit prinzipiell Stellung genommen hat. Ich stimme persönlich mit Ihrer Ansicht überein. Frage 2 beantwortete ich: zirka 215.

Adressen-Nachtrag.

Oberstud bei Sonneberg (Thür.) Vorf.: Otto Lehmann, Abgießer. Schriftf.: Ulf Pfeifer, Modelleur. Kass.: Carl Chemnitz, Maler. Revif.: Louis Wittmann, Maler.
Rathenow. Kassirer Hübner und Revifor Gramsch wohnen jetzt Milowerstr. 4, Gf.
Spandau. Kassirer Erik Werner wohnt Pichelsdorferstr. 41, Stfsg. pt.
Weißwasser. Schriftf.: Gust. Göthert, Maler, Hermannsdorf, Spiegelabrik. Kass.: Ant. Weipert, Glasmaler, Schützenplatz. Revif. (an Stelle Weipert) Paul Fiebig, Maler, Schweigstr. 18.

Sterbetafel.

Hansen. Peter Büttner, Dreher, geh. 1. September 1878, gest. 4. April 1903 an Lungen- und Nierenkrankheit. Krankheitsdauer 2½ Jahr. Er war ein treues Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.
Stadtilm. Wilh. Weiß, Maler, geb. 27. Juli 1858 zu Goldlauter, gest. 11. März d. J. an Wasserfucht. Krankheitsdauer 1½ Jahr. Verbandsmitglied.
Ehre ihrem Andenten!

Versammlungskalender.

Blaunenhain. Sonnabend, 11. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.
Eisenberg. Sonnabend, 11. April, Abends 8 Uhr im „Gambrium“. Sämtliche Dittungsbücher, sowie die noch fehlenden statist. Fragebogen sind mitzubringen.
Gera. Sonntag, 12. April, Nachm. 3 Uhr im Reflex'schen Gasthof.
Gotha. Sonnabend, 11. April, Abends 8 Uhr im Restaurant „Zur Erholung“.
München. Sonnabend, 11. April im Vereinslokal. Bibliotheksbücher sind mitzubringen.
Neuhaldensleben. Sonnabend, 18. April im Vereinslokal. Abschluß wird bis 20. April ohne Rücksicht auf reistrende Mitglieder fertig gestellt. In dieser Versammlung muß ein jedes Mitglied anwesend sein.
Noda. Sonnabend, 11. April, Abends 8½ Uhr im Vereinslokal. Laut Versammlungsbeschluß sind sämtliche Lohnbücher mitzubringen.
Schwarzburg. Sonnabend, 11. April im Vereinslokal. Bericht des Vertrauensmanns. Alle erscheinen.
Schwelm. Freitag, 10. April, Nachm. 5 Uhr im Vereinslokal. Die Mitglieder werden dringend ersucht, alle zu erscheinen.
Stadtilm. Sonnabend, 11. April, Abends 8 Uhr im „Schloß“.

Glanzgold bester Qualität, 10 Gramm 3,50 Mark bei Abnahme grösserer Quantitäten billiger offerirt **Emil Böhme**, Goldgeschäft, Eisenberg S.-A.

Goldschmiederei, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt
H. Haupt, Dresden-A.
Hammerstr. 12.

Goldschmiederei,

goldhaltige Lappen und Flaschen lauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.



Otto Seifert
Zwickau S., Osterwollstr. 18

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiederei und alle goldhaltigen Sachen.
Reelle und pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte. Alostos Geschäft dieser Art.

10. Agitationsbezirk.

Vorort Großbreitenbach.
Am 1. Ofterfeiertag findet in Eizendorf im Seunelpeter'schen Gasthof eine
Delegirten-Konferenz
statt, bei welcher Gelegenheit der Formengießer Emil Hoffmann (Jlmenau) einen Vortrag über „Agitation“ halten wird.
Tages-Ordnung:

1. Stand der Zahlstellen und Lohnstatistik.
2. Wie gestalten wir unsere fernere Agitation.
3. Beihilfefondangelegenheit.
4. Allgemeine Diskussion über Verbands- und Vereinsangelegenheiten.
5. Vortrag.

Der Vorsitzende der Kommission:
Fridolin Koch.

Schönwald. Wegen Aenderung meines Arbeitsplatzes bringe Hiermit zur Kenntniß, daß ich während der Woche an durchreisende Kollegen nur des Abends von 7½ bis 8½ Uhr Unterstützungen auszahle. Mitglieder, welche auf freiwillige Unterstützungen rechnen, haben sich an den Vorsitzenden der Zahlstelle, Gen. F. Ackermann, Maler, zu wenden. Den Zahlstellenmitgliedern gebe ich bekannt, daß ich am Samstag, den 11. April wegen Quartalsabschlusses im Versammlungslokale Wegert von Abends ½ 8 Uhr ab Beiträge entgegennehme, besonders mache ich aufmerksam auf die Zahlung der Extrabeiträge für den Beihilfefond.
Johann Legat, Kassirer.

Witterteich. Es diene sämtlichen Mitgliedern, die noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, zur Kenntniß, daß ich zu Oftern den Quartalsabschluß fertig stelle und ersuche daher alle Mitglieder, ihre Reste bis dorthin zu begleichen.
Schöttner, Kassirer.

Aronach. Den Mitgliedern zur Kenntniß, daß ich Sonntag, den 25. April den Quartalsabschluß fertig stelle und müssen bis dahin alle Beitragrückstände beglichen sein.
W. Schedel, Kassirer.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger, flottes Dreher

welcher in Hohlgeschirr, Wasserleitungs- Artillerie, Isolatoren, sowie im Stehen durchaus bewandert ist, sucht sofort Stellung. Gest. Off. unter **M. P. 21** an die Red. d. Bl.

Wegen des Charfreitags und Ostermontages wird die Nr. 16 der „Ameise“ statt am Donnerstag erst am Freitag expedirt. Alles für diese Nr. zur Aufnahme Bestimmte erbitte bis spätestens Mittwoch früh.
R. Jah.

Heranzugeben vom Verbande der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Nichard Jahn**, Charlottenburg, Rosinerstr. 8. Druck u. Verlag: **Otto Goerke**, Charlottenburg, Wallstr. 69